

Sechs Monate nach Beginn der Ölpest im Golf von Mexiko rittern Fischer und Anwälte um Schadensersatzzahlungen

# Der stete Lockruf der 20 Milliarden

Von Ronald Schönhuber

■ Dicke BP-Schecks haben einschneidende Auswirkungen auf die US-Golfküste.  
 ■ Viele Fischer wollen nicht mehr arbeiten.

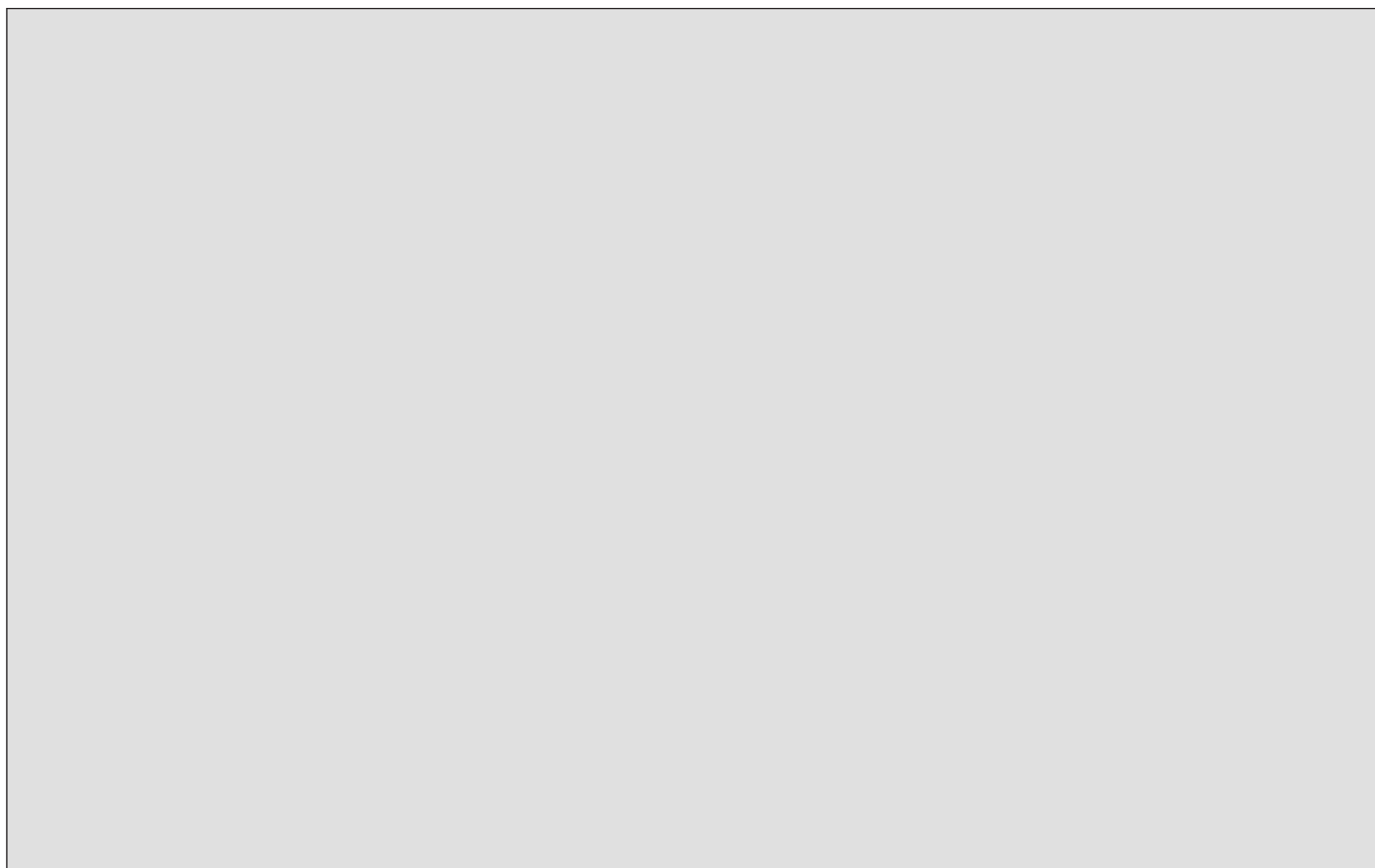
**New Orleans/Wien.** Im dichten Marschland sieht alles aus wie eh und je. Die drei bis vier Meter hohen Schilfhalme strecken sich unbeeindruckt dem Himmel entgegen und der Lärm der tausenden Vögel ist so allgegenwärtig wie früher. Der Großteil des Öls ist bereits aus dem Golf von Mexiko und von den Küsten Louisianas und Mississippi verschwunden und selbst dort, wo die schmierige schwarze Masse noch anzutreffen ist, schießt wieder frisches grünes Gras aus dem Boden.

Doch normal ist sechs Monate nach dem Untergang der BP-Bohrinsel „Deepwater Horizon“ nichts – nicht nur, weil die Wissenschaftler noch immer keine Klarheit darüber haben, welchen Schaden die größte Ölpest der US-Geschichte in den Tiefen der Meeres anrichtet hat. An einem normalen Abend würden die Männer nämlich auch alle in den Golf hinausfahren, um wie früher die Nacht über nach Shrimps zu fischen. Doch viele von ihnen bleiben in letzter Zeit immer öfter zu Hause, obwohl die Fangverbote schon längst wieder aufgehoben sind. „Es zahlt sich für mich

nicht aus, da sie meine Forderung sowieso bezahlen werden“, sagt Acy Cooper Jr., der Vize-Präsident der Shrimpsfischervereinigung Louisianas, gegenüber der „Washington Post“. Mit „sie“ meint Cooper BP. Der Energiekonzern hat bereits 1,5 Milliarden Dollar Schadensersatz an die Opfer der Ölpest ausbezahlt, insgesamt ist der Entschädigungsfonds, den BP auf Druck der US-Regierung eingerichtet hat, 20 Milliarden Dollar schwer. Und der gewaltige Strom an Geld scheint ähnlich einschneidende Auswirkungen für das Leben an der Golfküste zu haben wie der ehemals gewaltige Strom aus der Ölquelle am Meeresgrund.

## Shrimps aus Asien

„Die Menschen sehen, dass ihre Nachbarn Geld ausbezahlt bekommen“, sagt der Bostoner Anwalt Ken Feinberg, der von US-Präsident Barack Obama mit der Auszahlung der Entschädigungsgelder beauftragt wurde. „Und dann sagen sie: Warum stellen wir nicht auch Forderungen?“ Doch ein Gutteil davon sind laut Feinberg nicht belegbar, bei rund einem Drittel der 210.000 gestellten Anträge fehlt die entsprechende Dokumentation der Schäden. Wer allerdings alles belegen kann, muss in der Regel nicht feilschen. Bei den bisher 75.000 positiv abgewickelten Entschädigungsanträgen bekamen die Geschädigten zu 93 Prozent die volle von ihnen geforderte Summe.



Die Fangverbote sind längst aufgehoben, aber die Großhändler bekommen nur noch wenige Shrimps angeboten. Foto: epa

Doch das scheinbar leicht verdiente Geld lässt die Industrie, die es retten soll, oft verstümmelt zurück. Die Meeresfrüchte-Großhändler, die früher einmal 100 Bootsladungen pro Woche löschen konnten, müssen sich jetzt mit drei oder fünf begnügen. Und sie machen sich Sorgen, dass die Restaurants die ausbleibenden Golf-Shrimps durch Importe aus Asien ersetzen werden. Zunächst einmal für heuer, aber dann vielleicht auch für immer. Die neuen Pick-Up-Trucks, die die Fischer von den Entschädigungsgeldern kaufen konnten, wer-

den dann wohl nichts mehr helfen.

Doch nicht nur Fischer im Golf von Mexiko wittern das große Geld. Mehr als 100 Spitzenanwälte kämpfen in den USA derzeit darum, Wortführer in den noch ausstehenden Ölpest-Prozessen zu werden – und damit ein ausgesprochen sattes Honorar zu kassieren. Zwischen zwölf und 15 Juristen sollen letztlich den Klagen von tausenden Fischern, Restaurant- und Hotelbesitzern sowie Anrainern gegen BP und weitere Unternehmen vorstehen. „Das ist eine sehr lukrative

Position“, sagt der Rechtswissenschaftler Brian Fitzpatrick von der Vanderbilt University. „Das wird alle dicken Fische anziehen.“ Das Elite-Team kann sich als Honorar auf bis zu 15 Prozent der Einigungssumme in Höhe von mehreren Milliarden Dollar freuen – zusätzlich zu den üblicherweise 30 Prozent, die Anwälte von ihren jeweiligen Mandanten fordern.

## Gegen die Mächtigen

Hoffnungen auf das lukrative Honorar macht sich unter anderem der Anwalt Ronald Motley aus South Caro-

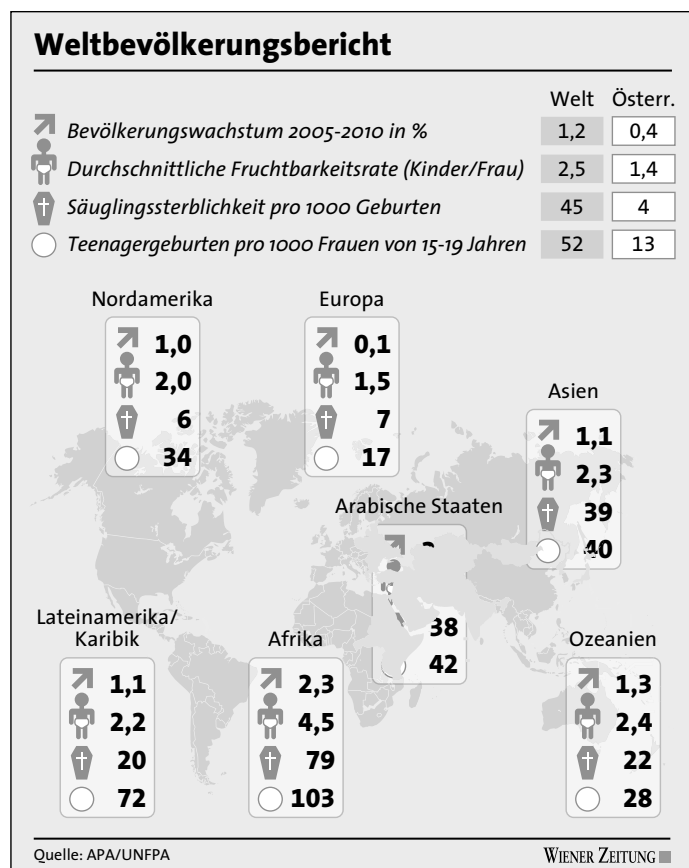
lina, dessen Kanzlei sich bereits um Fälle von A wie Asbest-Opfer bis Z wie Zinkvergiftung gekümmert hat. Damit und weil er sich während seiner ganzen Karriere immer wieder mit „mächtigen gegnerischen Interessen“ angelegt habe, sei er für die Ölpest-Prozesse geradezu prädestiniert, heißt es in Motleys Bewerbung um einen Platz im Team. Im Gegensatz zu manchem Shrimpsfischer scheint der Anwalt aus South Carolina den großen Coup aber immerhin in seinem ureigensten Metier machen zu wollen. ■

# Frauen leiden in Konflikten besonders

■ Bevölkerungsreport der UNO beleuchtet Traumatisierung und Vergewaltigungen.

**Wien.** Der UNO-Weltbevölkerungsbericht beleuchtet heuer erstmals die Rolle der Männer in bewaffneten Konflikten und Krisensituationen. Thematisiert werden insbesondere die Schwierigkeiten, erlebte oder mitangesehene Gewalt zu bewältigen. Die Traumatisierung könne dazu führen, dass Opfer selbst zu Tätern werden und Gewalt an Frauen ausüben, sagte der Grüne Nationalratsabgeordnete Karl Öllinger bei der Präsentation des Berichts des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) am Mittwoch.

Aus dem Weltbevölkerungsbericht 2010 geht eindeutig hervor, dass Frauen weltweit die Hauptleidtragende von Konflikten sind. Geschlechtsspezifische Gewalt wie Vergewaltigungen sind demnach ein immer häufiger eingesetztes strategisches Instrument der



Kriegsführung. „Traumatisierung kann sich lang nach dem Krieg negativ auf gesellschaftliche Strukturen auswirken, Gesellschaften auch destabilisieren“, be-

tonte SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr. Laut dem Bevölkerungsfonds bietet die Phase des Wiederaufbaus nach dem Krieg aber auch die einmalige

Chance für mehr Gleichberechtigung, da sich Frauen einen eigenen und selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft erobern, wenn die Männer in den Krieg ziehen. Gebildete und unabhängige Frauen sind zudem eher in der Lage, unerwünschte sexuelle Kontakte zu verweigern und über Geburtenkontrolle zu entscheiden – ein wesentlicher Faktor, um Überbevölkerung und Armut in den Griff zu bekommen.

Von der weltweiten Gesamtbevölkerung von 6,91 Milliarden Menschen leben 5,67 Milliarden in weniger entwickelten Regionen. Hier beträgt das Bevölkerungswachstum 1,4 Prozent, während es in stärker entwickelten Regionen 0,3 Prozent ausmacht. In den ärmsten Gegenden sterben 79 Säuglingen pro 1000 Lebendgeburten, in den reichen Ländern sind es 6. 215 Millionen Frauen würden gern verhüten, haben aber keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. 80 Millionen werden daher jährlich ungewollt schwanger. ■

## ■ Kurz notiert

### Taifun: 140.000 Chinesen fliehen

Der Taifun „Megi“ bringt immer mehr Tod und Zerstörung nach Südostasien. Auf den Philippinen stieg die Zahl der Toten auf 19, in Thailand kamen mindestens zehn Einwohner ums Leben. In China mussten 140.000 Einwohner südlicher Provinzen ihre Häuser verlassen, weil in nächster Zeit mit dem Eintreffen des Taifuns gerechnet wurde. Im Süden Chinas könnte „Megi“ laut Meteorologen der schwerste Taifun seit 20 Jahren werden und die höchsten Fluten seit zwei Jahrhunderten bringen. Wissenschaftler erwarten in der Provinz Guangdong in den nächsten Tagen bis zu sieben Meter hohe Wellen.

### Spanien verschärft Rauchverbot

Die Tage der verrauchten Bars und Restaurants in Spanien sind gezählt: Mit einem neuen Gesetz will die Regierung das Rauchen in allen geschlossenen Arbeitsräumen verbieten. Zudem soll auf Spielplätzen sowie vor Schulen und Krankenhäusern für frische Luft gesorgt werden. Das Gesetz würde eine Regelung aus dem Jahr 2006 ersetzen und den Nichtraucherschutz in Spanien mit dem in anderen EU-Staaten in Einklang bringen. Derzeit sind kleinere Bars sowie Restaurants mit abgetrennten Bereichen in Spanien vom Rauchverbot in Arbeitsräumen ausgenommen.

### „Klinisch Tote“ wachte wieder auf

Eine 60-jährige Patientin in Frankreich ist dem Tod gerade noch einmal entkommen: „Ganz sicher klinisch tot“ lautete der Befund eines Arztes in Bordeaux, wo die krebserkrankte Frau zusammengebrochen war. Auch den Kindern der 60-Jährigen wurde der Tod telefonisch bekanntgegeben. In der Uni-Klinik Bordeaux wurden die Frau jedoch genauer untersucht und dabei ein Hirntod ausgeschlossen. 14 Stunden später wachte sie schließlich wieder auf. ■